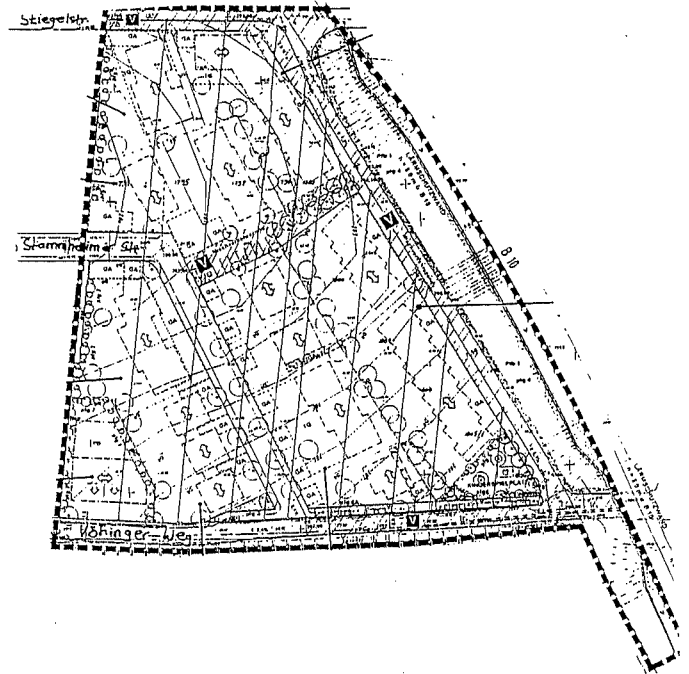


Haus schmücken könne, wolle sie dies der Gemeinde überlassen. Bürgermeister Spiegel bemerkte, daß dies eine schwierige Aufgabe sei, aber er denke, daß die Gemeinde schon das Richtige finden würde. Für die großzügige Spende sowie für die kostenlose Überlassung der Hüpfburg beim Fleckenfest bedankte sich Bürgermeister Spiegel persönlich, aber auch im Namen der Damen und Herren des Gemeinderates sehr herzlich. Er bat Herrn Mayer, diesen Dank an alle Verantwortlichen in der Volksbank weiterzuleiten.



Der Planbereich ist im folgenden Kartenausschnitt dargestellt.



Der Bebauungsplan "Stammheimer Straße - östlicher Teil" tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 10 Abs. 3 BauGB). Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, Zimmer 106, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung sind gem. § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der o.g. Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt der Bebauungsplan - sofern er unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Schwieberdingen, 2. Juli 1998

Bürgermeisteramt
gez. Spiegel
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung Inkrafttreten des Bebauungsplans "Stammheimer Straße - östlicher Teil"

Der Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen hat am 24. Juni 1998 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan "Stammheimer Straße - östlicher Teil" aufgrund von § 10 Baugesetzbuch (BauGB, in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung und § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg) als Satzung beschlossen.

Maßgebend ist der Bebauungsplan mit Textteil des Planungsbüros Nölle (Stuttgart) in der Fassung vom 16. Juli 1997/24. Juni 1998 sowie die Begründung vom 16. Juli 1997. Bestandteil der Bebauungsplanunterlagen sind auch das Lärmschutzgutachten des Büros Bender + Stahl vom Juli 1996 und der Grünordnungsplan des Büros Schmid, Treiber und Partner vom August 1996/16.07.1997.

Das Gebiet des Bebauungsplans wird im wesentlichen wie folgt umgrenzt:

- im Norden durch die Stiegelstraße,
- im Osten durch die westliche Straßenbegrenzungslinie der B 10,
- im Süden durch die südliche Flurstücksgrenze des Vöhlinger Wegs und im Bereich der Böschung der B10 durch die gedachte Verlängerung der Südgrenze des Flurstücks 1748 nach Osten hin,
- im Westen durch die Ostgrenzen der Flurstücke 8430/4, 8430/2 und 8427/1.